

Presseinformation

23. Februar 2023

NÖ Wolfsverordnung soll aktualisiert werden

LH-Stv. Pernkopf: Zum Schutz von Menschen und zur Abwendung von Schäden - Wolf ist längst nicht mehr vom Aussterben bedroht

„Ich habe den Auftrag gegeben, die NÖ Wolfsverordnung anzupassen. Denn wir sehen, dass der Wolf in vielen Teilen Österreichs wieder heimisch geworden ist, oft zum Leidwesen anderer Tierarten und zur Bedrohung des Sicherheitsgefühls der Menschen. In einer Kulturlandschaft bedeutet das daher, dass sogenannte Management-Maßnahmen notwendig sind,“ so LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf. In Niederösterreich wurden in den letzten Jahren wiederholt Wolfsrisse bei Wild- und Nutztieren verzeichnet und Wölfe von der Bevölkerung nahe der Siedlungen beobachtet. Besonders im Waldviertel werden Wolfsrudel bestätigt, die auch jährlich Nachwuchs produzieren. Dazu kommen regelmäßig durchziehende Wölfe, die auch schon bis an die Grenzen der Bundeshauptstadt Wien vorgedrungen sind. Erst vor kurzem etwa ist ein Wolf aus Graubünden kommend bis vor Klosterneuburg gewandert und dann weiter nach Ungarn gezogen. Die NÖ Wolfsverordnung soll daher nun im Gleichklang mit anderen Bundesländer aktualisiert werden. Konkret geändert werden soll der Umgang mit Problemwölfen, die Siedlungen zu nahekommen. Diese sollen mittels Warn- und Schreckschüssen schneller vergrämt werden können und auch die Entnahme, also der Abschuss bei problematischem Verhalten, soll vereinfacht werden.

Pernkopf: „Problemwölfe, die wiederholt in Siedlungsgebieten auftauchen oder immer wieder geschützte Nutztiere reißen, müssen entnommen werden können. Zum Schutz von Menschen und zur Abwendung von Schäden.“ Gleichzeitig müsse auch der Schutzstatus des Wolfes dringend durch die EU angepasst werden. Die entsprechende Richtlinie ist 30 Jahre alt, die Zeiten haben sich geändert. Der Wolf ist längst nicht mehr vom Aussterben bedroht, er beeinträchtigt aber das Sicherheitsgefühl der Menschen und bedroht Nutztiere und die Alm- und Weidewirtschaft. Die FFH-Richtlinie muss nach 30 Jahren an die neue Realität angepasst werden. Dabei bedankt sich Pernkopf auch bei Bundesminister Norbert Totschnig, der bei diesem Thema eine breite Allianz aus insgesamt 17 EU-Mitgliedsstaaten geschmiedet hat. Auch das EU-Parlament hat sich bereits für eine Neubewertung des Schutzstatus ausgesprochen.



Presseinformation

Weitere Informationen: Büro LH-Stv. Dr. Stephan Pernkopf, Pressesprecher DI Jürgen Maier, Telefon 02742/9005–12704, Handynummer 0676/81215283, E-Mail lhstv.pernkopf@noel.gv.at